

## Pferdewetten ohne Rennen

Der Neoliberalismus sieht nur, was er sehen will.  
Die Zivilgesellschaft muss helfen, sagt Colin Crouch

**G**alopprennbahnen und Finanzmärkte haben eines gemeinsam: Auf ihnen wird gewettet. Allerdings finden Pferdewetten ihr Ende, wenn die Pferde durchs Ziel gegangen sind. Das ist auf Finanzmärkten oft anders, wie der Handel mit Kreditausfallversicherungen zeigt, die immer weitergereicht werden und die vermeintlich nie ausgezahlt werden müssen. Es ist, „als würde man auf Pferde wetten, die niemals ein Rennen“ laufen, kommentiert der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch dieses illusionsbehaftete Treiben.

Für Crouch, den Autor des bekannten Buches „Postdemokratie“, sind aber nicht nur Finanzmarktakteure, sondern auch die Verfechter des Neoliberalismus blind für einschneidende Erfahrungen mit der real existierenden kapitalistischen Wirtschaft. Woran liegt das und warum wurde der Neoliberalismus im Unterschied zu anderen politischen Utopien nicht beerdigt? Das sind zentrale Fragen des neuen Buches, das nahezu zeitgleich in England und Deutschland erschienen ist.

Der oberste neoliberale Grundsatz lautet: Auf alle Fragen, welche Güter und Dienste wie produziert und bereitgestellt werden sollen, liefern minimal regulierte Märkte stets die beste Antwort. Dabei ist es gleichgültig, um welche Güter und Dienste es sich handelt, ob um Werkzeugmaschinen oder um schadstoffarme Luft, ob um den Transport von Waren oder die Pflege von Kranken, ob um technische Neuerungen wie das iPhone oder um medizinisches Wissen wie die Erkenntnis der Ursachen von Magenbeschwerden. Wenn die Antworten der Märkte schlecht sind, dann liegt das vor allem an staatlichen Eingriffen ins Marktgeschehen. Denn die Konsumenten, Investoren und Produzenten wissen es dank dem Wettbewerb allemal besser als diskutierende Bürger, konsensstiftende Politiker und planende Verwaltungen.

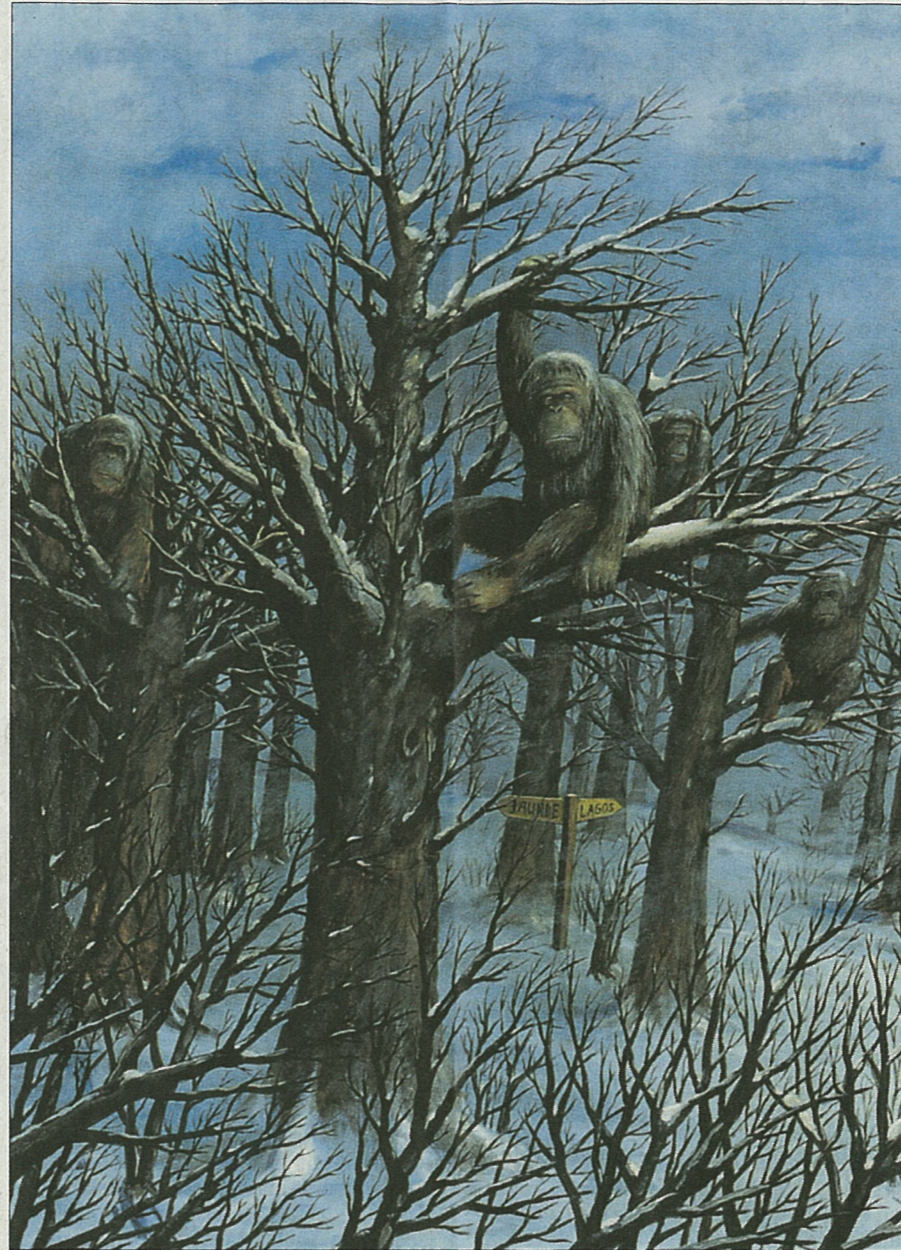
Entsprechend lautet das politische Programm des Neoliberalismus: Deregulierung der Märkte, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Markteintritt von Krankenhäusern, Universitäten oder Kommunen zum Beispiel in Form von Kooperationen mit gewinnorientierten Firmen. Der Neoliberalismus setzt ganz auf

den Wirtschaftsbürger in Gestalt des Verbrauchers, Produzenten und Anlegers. Er sieht in privatrechtlichen Verträgen zwischen Marktteilnehmern das Geflecht, das eine freiheitliche Gesellschaft trägt. Das „Neo“ in „Neoliberalismus“ beleuchtet grell den Unterschied zu einem staatsbürgerlichen Liberalismus, der Abwehrrechte gegen den Staat und Teilhaberechte der Bürger an der Gesetzgebung betont.

Nun hat der Neoliberalismus mit der seit 2008 andauernden Krise der deregulierten Finanzmärkte sein „Debakel“ erlitten, wie Crouch sagt. Auch fällt die Bilanz der Privatisierungspolitik der letzten beiden Jahrzehnte sehr gemischt aus. Die englischen Eisenbahnen wurden jedenfalls nicht kundenfreundlicher; und die Wasserpreise der privatisierten Berliner Wasserwerke fielen nicht. Ebenso wenig bilden sich Marktlösungen für die ökologischen Folgeprobleme unseres Wirtschaftens naturwüchsig von selbst. Bestenfalls entstehen sie im Rahmen von politisch schwer erkämpften Regeln.

Trotz dieser negativen Erfahrungen gibt es bei Neoliberalen weder ein Umdenken noch einen Politikwechsel. Denn sie vernachlässigen die marktbeherrschende Position von transnationalen Großkonzernen und deren schädliche Folgen. Das ist die zentrale These von Crouch. „Marktgiganten“ wie Microsoft können einseitig Produktstandards setzen. Sie können den Markteintritt von möglichen Konkurrenten abblocken, weil sie zum Beispiel die Vertriebsnetze beherrschen. Und sie können mit Abwanderung drohen und damit Regierungen gegeneinander ausspielen, die um Marktregulierung bemüht sind. Die Marktmacht von transnationalen Großkonzernen verwandelt sich so in immensen politischen Einfluss.

Im neoliberalen Denken werden diese schlechten Folgen einer Marktbeherrschung unterhalb der Schwelle zum Monopol heruntergespielt. Denn die Bildung von Großkonzernen wird als kostensparend betrachtet. Würde man das bezweifeln, dann würde man an einem Eckpfeiler des neoliberalen Gedankengebäudes rütteln: Der Markt erzeugt keine selbstzerstörerischen Prozesse, und wenn sich am Markt Großkonzerne bilden, dann kann das nicht marktzerstörend sein. Diese Annahme ist der wesent-



### Aus allen Wipfeln schallt's Buh

Hier sehen wir die Zivilgesellschaft. Sie ist wach. Sie hat Ohren und Augen weit offen und nimmt kein Blatt vor den Mund. Der britische Politologe Colin Crouch kritisiert den Neoliberalismus

liche Grund für die Erfahrungsblindheit des Neoliberalismus. Sein Fortleben ist zwar befremdlich, aber für Crouch erklärbar, wenn man beachtet, dass er nicht reine Theorie ist. „Der real existierende Neoliberalismus beruht auf dem politischen Einfluss von Großkonzernen.“ Unterschätzt diese Erklärung aber nicht die Rolle von gesellschaftsweiten

und setzt auf die Zivilgesellschaft. Für sein Buch hat die Friedrich-Ebert-Stiftung ihm jetzt ihren Preis „Das politische Buch“ zuerkannt.

aug  
Zeichnung: Ernst Kahl

Mentalitäten und von Renditeinteressen der gehobenen Mittelschichten? Und umgekehrt: Wird die Rolle von Großkonzernen nicht etwas überschätzt? 147 transnationale Konzerne besitzen die Kontrolle über 17 200 Multis, ergab jüngst eine Studie der Zürcher Forscher Vitali, Glattfelder und Battiston. Aber was bedeutet das genau für das Funktionieren der Märkte?

Crouch belässt es nicht bei wertvollen Analysen, sondern fragt auch nach Alternativen. „Mehr Staat“ ist für ihn keine Zaubermagie. Denn viel zu oft agieren Regierungen und Behörden Hand in Hand mit den Konzernen. Ist die Alternative, Märkte mit fairen Wettbewerbsbedingungen herzustellen? Ja und nein! Ja, weil Märkte gut geeignet sind, bestimmte Güter und Dienste bereitzustellen, vorausgesetzt, sie sind durch ein strenges Kartellrecht geregelt. Nein, weil Märkte keine kollektiven Güter wie flächendeckende Verkehrswege oder eine intakte Umwelt sicherstellen. Denn für private Anbieter rechnen sich diese Güter nicht. Und nein auch deshalb, weil das soziale Leben nicht als Wettbewerbsordnung eingerichtet werden kann.

Crouch kommt in zwei Kapiteln sehr grundsätzlich auf den moralischen Kitt in Gesellschaften und auf die sozialwirtschaftliche Verantwortung von Unternehmen zu sprechen. Das Band der Gegenseitigkeit unter Marktteilnehmern ist in seinen Augen viel zu schwach, um die Kooperation und die Unterstützung zu sichern, auf die wir angewiesen sind.

Der Ort, an dem das Bewusstsein für diese Angewiesenheit am ehesten geschärft werden kann, ist für Crouch die „Zivilgesellschaft“. Damit ist das pluralistische Ensemble an Bürgerinitiativen, gemeinnützigen Organisationen, Berufsständen, Kirchen und Parteien ohne Regierungsfilz gemeint. Aus diesem kommunikativen Gewimmel werden mitunter Stimmen laut, die sich auch über Ländergrenzen hinweg im Namen des Gemeinwohls fordernd an Unternehmen, Regierungen und Behörden richten. Crouch ist zu britisch, um in den Akteuren der Zivilgesellschaft einfach die Guten zu sehen. Aber er hofft gleichwohl, dass diese Kräfte trotz des fortlebenden Neoliberalismus Markt- und Behördenmacht zähmen können.

„Neoliberalismus“ ist bei Crouch eine politische Kampfvokabel. Das beeinträchtigt keineswegs sein Bemühen um eine gründliche Durchdringung der Probleme, die vom Neoliberalismus aufgeworfen werden. Er verwechselt Objektivität nicht mit dem Verzicht auf eine engagierte Stellungnahme zu drängenden Fragen. Mit Intellektuellen, die ihre ironisch garnierte Urteilsenthaltung als Nonkonformismus ausgeben, will Crouch nichts zu tun haben. Zum Glück für den Leser und dessen Verständnis der Sache.

LUTZ WINGERT

COLIN CROUCH: *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Aus dem Englischen von Frank Jakobzik. Suhrkamp Verlag, Berlin 2011. 248 Seiten, 19,90 Euro.*

Lutz Wingert lehrt Philosophie an der ETH Zürich.

## Koch und Kellner im Clinch

Was wird aus der Energiewende?  
Die SPD sucht nach Antworten

**D**er Herausgeber dieses Buches, Matthias Machnig, wiewohl gegenwärtig Wirtschaftsminister in Thüringen, ist das Gegenteil eines Provinzpolitikers. Er ist ein strategischer Kopf in der SPD. Als Staatssekretär im Umweltministerium unter Sigmar Gabriel hat er die globale Umweltherausforderung, unter dem Titel „Green New Deal“, zu einer wirtschaftspolitischen transformiert.

Vor der Bundestagswahl 2013 geht es ihm um eine Programmatik seiner Partei, die Erfolg verspricht. Deren Sichtung dient das Buch, in dem Soziologen, altgediente SPD-Prominenz und aktive Gewerkschafter zu Wort kommen. Bemerkenswert ist der IG BCE-Chef Vassiliadis mit seiner unverblühten Sprache.

Als Funktionär ist Vassiliadis nur Interessenvertreter: von Kohle. Mit der Energiewende ist er in eine singuläre Position geraten. Er wurde Mitglied der Ethik-Kommission „Sichere Energieversorgung“, als einziger Vertreter der klassischen Energiewirtschaft. Da es um die Abwicklung deren Geschäftsmodells ging, waren die Manager ausgeschlossen.

Geschichtliche Analogien heranziehend, formuliert Vassiliadis deren Widerstand so: Wir Deutsche hätten „nun wieder einen Strukturwandel vor uns. Diesmal stellen wir die Sache ... auf den Kopf. ... Diesmal ist die Erneuerung der Energiebasis von weiten Teilen der Energiewirtschaft ungeliebt und damit vor allem politisch gewollt. Die Industrie und damit auch wir Industriegewerkschafter werden damit umzugehen haben.“

Das kann man als Drohung lesen, muss man aber nicht. Über das Koch-Kellner-Verhältnis wird erst noch entschieden. Die Politik hat im März 2011 von ihrem Recht auf Primat (endlich einmal) Gebrauch gemacht – und damit das Verhältnis zur etablierten Energiewirtschaft zerrüttet („ist ungeliebt“). Entscheidend wird sein, ob die Politik sich noch durchringt, ihren Beschluss auch ernst zu nehmen: Die Entscheidung über Architektur und Subjekt des Managements der Energiewende steht noch aus.

HANS-JÖCHEN LUHMANN

MATTHIAS MACHNIG (Hrsg.): *Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand. Frankfurt a. M., Campus Verlag 2011. 380 Seiten, 24,80 Euro.*

Der Autor arbeitet am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.